



Föderalismus der verschiedenen Art

Österreich, Deutschland und die Schweiz sind grundsätzlich föderalistische Staaten. Bei einem Vergleich der Bundesinstitutionen sind die Länder aber komplett anders strukturiert.

In Deutschland sind die Zentralen der verschiedenen Bundesbehörden neben Berlin gleich auf 30 weitere Städte verteilt. So ist neben weiteren Dienststellen das Bundeskartellamt weiterhin in der früheren

das Bundessicherungsamt für Flugsicherung in Langen oder das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.

Die Schweiz hat viele Bundesstellen in der Hauptstadt Bern, die Regierung ist aber in weiteren acht Städten präsent - vom Departement des Innern in Neuchâtel, dem Bundesgericht in Lausanne und dem Bundesstrafgericht in Bellinzona bis zum Nationalmuseum in Zürich.

Die Suche nach Bundeszentralen in Österreich fällt indes leicht: Alle sind in Wien konzentriert.

Hauptstadt Bonn angesiedelt, das Patent- und Markenamt in München, das Statistische Bundesamt in Wiesbaden, der Militärische Abschirmdienst in Köln, der Deutsche Wetterdienst in Offenbach, die Bundesagentur für Arbeit (vergleichbar dem österreichischen AMS) in Nürnberg, das Umweltbundesamt in Dessau, das Kraftfahr-Bundesamt in Flensburg oder das Luftfahrt-Bundesamt in Braunschweig,



Der Wasserkopf und seine Provinzen

„Das kräftige Wachstum Wiens wird von den Ländern und Regionen finanziert“, weist Forum-Land-Chef Georg Keuschnigg auf Ungleichgewichte hin. Tirols LH Günther Platter will den Druck auf Wien verstärken.

Von Alois Vahmer

Wien, Innsbruck – Der frühere Bundesratspräsident Keuschnigg hat für einen Vergleich umfassendes Zahlenmaterial zusammengetragen – und kommt zum für die anderen Bundesländer höchst unerfreulichen Schluss, dass die Regionen wegen der ungleichen Verteilung der Steuer- und Fördermittel zugunsten Wiens zunehmend ausgedünnt werden.

Obwohl Wien derzeit mit 1,74 Millionen gerade einmal etwas mehr als 20 Prozent der österreichischen Bevölkerung

stellt, hat es laut Keuschnigg in vielen Bereichen ein massives Übergewicht. Von den 462.000 öffentlich Bediensteten von Bund, Ländern und Gemeinden arbeiten mehr als die Hälfte in Wien. Dort sind nicht nur alle Ministerien angesiedelt, sondern ausnahmslos alle zentralen Bundesstellen. Deutschland hat diese auf insgesamt 31 Städte aufgeteilt (siehe Aufstellung oben), die Schweiz immerhin auf neun. Die Stadt Wien hat 78.000 Magistratsbeamte.

Wien schöpft derzeit 60 Prozent aller Kulturmittel und 50 Prozent der Universitätsbud-

gets ab. In den öffentlichen Verkehrsrollen zuletzt laut der Untersuchung mehr als 92 Mio. Euro. „Davon sind allein 78 Mio. Euro von allen Österreicherinnen und Österreichern als U-Bahn-Beitrag zu berappen“, sagt Keuschnigg. Bitter für Tirol, dass es gleichzeitig für die Innsbrucker Regionalbahn noch immer keine fixe Finanzzusage gebe.

Dass der Bund im Wiener AKH im Gegensatz zu den Uni-Kliniken Innsbruck und Graz die Ärzte zur Gänze zahle, sei eine weitere, 190 Mio. Euro schwere Ungerechtigkeit. Wien bekomme auch

überproportional viele Mittel bei der Ganztageskinderbetreuung und Wohnbauförderung und gebe für Öffentlichkeitsarbeit im Jahr 70 bis 100 Mio. Euro aus, so der Forum-Land-Chef.

Im Finanzausgleich seien Wiener Bürger offenbar viel mehr wert, kritisiert Keuschnigg. „Zieht ein St. Johanner nach Wien, dann steigt sein Wert um 800 Euro im Jahr.“

Das Ungleichgewicht drohe aber noch größer zu werden, zumal Wien in den nächsten Jahrzehnten laut Prognosen auf über 2 Millionen Einwohner und der Großraum so-

gar auf über 3 Millionen anwachsen werde – und trotz der Förderungen mit fast 6 Mrd. Euro Schulden habe. Alle Städte und Gemeinden zusammen haben nur 11 Mrd. Euro Schulden. „Zahlen müssen dieses Wachstum Wiens die Länder und Regionen, die zudem durch Abwanderung Menschen, Wertschöpfung und Steuermittel einbüßen.“

Dieser für die Länder bittere Befund sei leider richtig, sagt auch Peter Bußjäger, der Chef des Innsbrucker Instituts für Föderalismus (wird finanziell von Tirol, Vorarlberg und Oberösterreich getragen). Alle zentralen Einrichtungen in Wien, dazu ungleiche Verteilung von Förderungen und dazu Jobchancen und Lebensqualität durch Wissenschaft und Kultur: So wachse die (Markt-)Macht des Zentralraums Wien. „Dieser Brain Drain ist eine Gefahr für die Länder, weil hochqualifizierte Kräfte abwandern. Wien hat eine große Sogwirkung.“ Die Diskussionen über eine Verwaltungsreform würden zudem oft den im Vergleich zu Deutschland und der Schweiz ohnehin schwächer ausgeprägten Föderalismus noch weiter aushöhlen wollen.

Tirols LH Günther Platter, will Benachteiligungen nicht

länger hinnehmen. „Aus Tirol fließen viele Tourismus- und Mautmillionen ab, während wir dann etwa bei Infrastrukturprojekten in Wien bitten und betteln müssen und unser Standort bei Lkw-Maut



„Je weniger Wien uns in Tirol dreingeschäftelt, desto besser geht es uns.“

LH Günther Platter
Fotos: Böhm, Murauer, APA (3)

Wo Steuermittel in Wien besonders üppig hinfließen



Die Bundeshauptstadt Wien hat 20,6% der Bevölkerung Österreichs, aber laut Hauptverband 63 Prozent aller Ärzte. Die Ärzte im Wiener AKH werden im Gegensatz zu den Uni-Kliniken Innsbruck und Graz vom Bund bezahlt – der so Sonderkosten von 190 Mio. Euro hat.



Im öffentlichen Verkehr schöpft Wien den Löwenanteil ab: Ganz Österreich zahlt 78 Mio. Euro im Jahr für die Wiener U-Bahnen, zudem gehen aus dem Bundesnahverkehrsbudget 29 Mio. Euro an den Verkehrsverbund Ost. Wien hat so fast 55 Prozent aller Mittel.



Wien mit seinen großen Theatern und Museen bekommt laut einer Untersuchung von Prof. Haller (Uni Graz) 60 Prozent aller Kulturmittel. In der Wissenschaft ist das Übergewicht ähnlich: 50 Prozent der Universitätsbudgets fließen in die Bundeshauptstadt.



Bei der Wohnbauförderung gehen 26 Prozent des Budgettopfs nach Wien, was auch hier klar über dem Bevölkerungsanteil von 20,6 Prozent liegt. Bei den Schulen hat Wien laut Forum Land die Hauptschulen ausgedünnt und die Kosten (AHS) zum Bund verlagert.

oder Vignette in Kufstein benachteiligt wird.“

Mit Vorarlberg und Salzburg werde Tirol künftig eine starke verschworene Westachse bilden, die in Wien entsprechend Druck macht. Ein erster Schritt, den Westen künftig stärker einzubinden, werde die neue Regierung und das Koalitionsprogramm sein. Unabdingbar sei, dass Karlheinz Töchterle weiterhin Minister bleibt. Töchterle sollte die komplette Bildung und Wissenschaft abdecken.